19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Julian Schwarze und Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

vom 10. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Juli 2025)

zum Thema:

Ist die Netto-Null-Versiegelung noch ein Ziel des Senats?

und **Antwort** vom 28. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Juli 2025)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Julian Schwarze und Herrn Abgeordneten Dr. Turgut Altuğ (Grüne)
über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23283

vom 10. Juli 2025

über Ist die Netto-Null-Versiegelung noch ein Ziel des Senats?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft bezüglich Fragen 4 - 7 Sachverhalte, die der Senat nicht vollständig aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Frage zukommen zu lassen und hat daher die Bezirksämter um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurden. Sie werden nachfolgend wiedergegeben, soweit Antworten der Bezirke innerhalb der Frist vorlagen. Es wird auf die schriftlichen Anfragen Nr. 19/17249, Nr. 19/17500 und Nr. 19/20425 und btr. die Frage 2 zusätzlich auf Anfrage Nr. 19/12031 (dortige Frage 4) verwiesen.

Frage 1:

Wie will der Berliner Senat in der Zuständigkeit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sicherstellen, das Ziel aus den Richtlinien der Regierungspolitik des Senats „künftige Versiegelungen für neue Wohnquartiere auszugleichen“ auch tatsächlich erreicht wird?

Antwort zu 1:

Zur Stärkung des funktionsbezogenen Ausgleichs durch Entsiegelung bei einer Neuversiegelung werden von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

- seit 2010 Entsiegelungspotenziale im Land Berlin erfasst und in einem Kataster und einer Umweltatlaskarte veröffentlicht - siehe Antwort zu 3. und 4.
- wird an der Aufstellung eines Entsiegelungsprogramms für das Land Berlin gearbeitet - siehe Antwort zu 4. und 6.

Frage 2:

Inwieweit reichen die 222 Flächen mit Entsiegelungspotenzial, die im Umweltatlas (<https://www.berlin.de/umweltatlas/boden/entsiegelungspotenziale/fortlaufend-aktualisiert/kartenbeschreibung/>) vorgeschlagen werden, aus, um die Versiegelung durch die Neuen Stadtquartiere (NSQ) auszugleichen?

Antwort zu 2:

Der Aspekt des Bodenschutzes ist ein wesentlicher Belang, der bei der Entwicklung neuer Stadtquartiere berücksichtigt und in die Abwägung eingestellt wird. Primäres Ziel des Senates ist es, den Eingriff in den Boden und den Anteil versiegelter Flächen möglichst gering zu halten und unvermeidbare Eingriffe auszugleichen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass ein Teil der Neuen Stadtquartiere auf Konversionsflächen liegt und die künftige Versiegelung geringer ist als im Bestand. Gleichwohl ist - da aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes auch Wohnungsbau ein wesentliches Ziel des Senates ist - in gewissem Umfang eine Neuversiegelung erforderlich. Mit Maßnahmen wie der Versickerung von Niederschlagswasser, Baumpflanzungen, Fassadenbegrünungen und Dachbegrünungen, öffentlichen Grünflächen und weiteren Begrünungsmaßnahmen werden diese Eingriffe in Natur, Landschaft und den Boden so weit wie möglich ausgeglichen.

Im Entwicklungsbereich Berlin-Johannisthal/ Adlershof wurden vielfältige Beräumungs- und Entsiegelungsmaßnahmen vorgenommen. In diesem Rahmen wurden auch umfassend Altlasten und Grundwasserschäden beseitigt. Durch die verbindliche Bauleitplanung wurde bzw. wird eine Begrenzung der zu versiegelnden Flächen durch Reduktion der Baufläche insgesamt und niedriger GRZ2 gesichert. Schwammstadtvorgaben hinsichtlich der Versickerung von Regenwasser im öffentlichen und privaten Raum sowie die Realisierung von Grün- bzw. Retentionsdächern bei Baumaßnahmen auf den Grundstücken wurden von Anbeginn entsprechend den Festsetzungen der Bebauungspläne bei der Umsetzung privater und öffentlicher Bauvorhaben berücksichtigt und tragen zur Klimaresilienz bei. Des Weiteren fanden neben begrünten Flächen mit Aufenthaltsqualität (65 ha Landschaftspark, kleine Plätze und Parks) eine hohe Zahl zu pflanzender Bäume in Baufeldern und im öffentlichen Straßenraum Berücksichtigung.

Frage 3:

Wie viele dieser Flächen wurden bereits entsiegelt? Welche sind in der Planung (bitte beides nach der Flächengröße und Bezirken auflisten).

Antwort zu 3:

Mit Stand Dez. 2024 sind im Kataster zum Projekt „Erfassung von Entsiegelungspotenzialen im Land Berlin“ 223 Flächen verzeichnet. Davon sind mit Stand Dez. 2024 37 Flächen entsiegelt und 15 Flächen teilentsiegelt*. Die betreffenden Flächen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt:

Katasternr.	Flächengröße (entsiegelt) im m ²	Bezirk
3	1.219	Lichtenberg
14	4.809	Lichtenberg
15	1.164	Lichtenberg

1103	142	Steglitz-Zehlendorf
25	6.824	Lichtenberg
32	73.204	Lichtenberg
36	45.642	Lichtenberg
38	10.540	Lichtenberg
40	3.949	Lichtenberg
58	3.485	Lichtenberg
1004	1.230	Treptow-Köpenick
1006	4.357	Treptow-Köpenick
1102	44.363	Charlottenburg-Wilmersdorf
1128	53	Steglitz-Zehlendorf
1201	364	Reinickendorf
1202	2.532	Reinickendorf
2006	3.225	Marzahn-Hellersdorf
2010	63.329	Marzahn-Hellersdorf
2014	2.237	Marzahn-Hellersdorf
2015	2.614	Marzahn-Hellersdorf
2027	2.448	Marzahn-Hellersdorf
2047	536	Marzahn-Hellersdorf
3001	11.788	Pankow
3014	103	Pankow
3016	46.424	Pankow
4013	2.156	Treptow-Köpenick
4014	214	Treptow-Köpenick
4017	10.625	Treptow-Köpenick
4021	38.298	Treptow-Köpenick
6005	923	Tempelhof-Schöneberg
6013	49.807	Tempelhof-Schöneberg
10003	9.773	Mitte
10004	2.935	Mitte
10014	1.183	Mitte
10201	1.092	Mitte
12015	76	Brandenburg ¹
13201	3.133	Neukölln
Katastrernr.	Flächengröße (teilentsiegelt ²) in m ²	Bezirk
33	2.716	Lichtenberg
57	13.265	Lichtenberg
1001	1.457	Treptow-Köpenick
1007	2.649	Treptow-Köpenick
1117	1.088	Charlottenburg-Wilmersdorf
2048	1.164	Marzahn-Hellersdorf
3008	44.256	Pankow
4001	3.989	Treptow-Köpenick
4023	67.047	Treptow-Köpenick
7005	10.533	Spandau
7013	2.485	Spandau
7014	3.370	Spandau

7019	7.960	Spandau
7025	40.236	Spandau
12003	14.510	Brandenburg ¹

¹ Flächen der Berliner Forsten im Land Brandenburg

* Teilentsiegelung bezeichnet hier die anteilige Entsiegelung einer größeren Gesamfläche

Der Bezirk Tempelhof Schöneberg teilt dazu mit:

„Im Bezirk Tempelhof-Schöneberg wurde in 2023 die Entsiegelung der ehemaligen Bezirksgärtnerei am Diedersdorfer Weg 5 abgeschlossen. Die Maßnahme erfolgte durch die BIM Berlin. Insgesamt wurden auf einer Fläche von 2,1 ha Baulichkeiten und Verkehrsflächen rückgebaut und entsiegelt.

Von den im Bezirk befindlichen Flächen sind die meisten nicht im Fachvermögen des Straßen- und Grünflächenamts. Für die Fläche Bosestraße wird noch eine potentielle Nachnutzung geprüft, so dass bisher keine Entsiegelung geplant ist.“

Frage 4.

Welche Schritte haben Senat und Bezirke bereits unternommen, um die 222 Flächen mit Entsiegelungspotenzial zu entsiegeln?

Antwort zu 4:

Mit dem Projekt „Erfassung von Entsiegelungspotenzialen im Land Berlin“ wurde ein Angebot zum Ausgleich von Neuversiegelungen durch Entsiegelung in Form eines öffentlichen Flächenpools/ Katasters mit Entsiegelungspotenzialflächen geschaffen. Dieses Angebot richtet sich an die für praktische Entsiegelungsmaßnahmen zuständigen Stellen der Senatsverwaltungen, der Bezirke sowie weiteren Stakeholdern mit Flächeneigentum im Land Berlin.

Mit der Entwicklung eines gesamtstädtischen Entsiegelungsprogramms durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt werden gesamtstädtisch weitere Entsiegelungspotenziale auf unterschiedlichsten Flächentypen erfasst, analysiert und priorisiert werden.

Der Bezirk Mitte teilt dazu mit:

„In Mitte wurden von den in den Entsiegelungspotenzialen enthaltenen Flächen bereits einige entsiegelt, dies ist im Kataster auch so verzeichnet. Für die meisten Flächen besteht weiterhin das Ziel, diese zu entsiegeln. Bei einigen Flächen haben sich die Planungsziele jedoch geändert. Aus diesem Grund wäre eine erneute Abfrage von der Senatsverwaltung an die Bezirke erforderlich, um die dargestellten Potenziale zu aktualisieren. Nicht alle Flächen liegen im Fachvermögen des SGA.“

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg teilt dazu mit:

„Diese Karte stellt kein Entsiegelungsprogramm dar. Sie dient der Information über mögliche Entsiegelungs(= Ausgleichs) - Potenziale für Planverfahren (siehe Antwort zu Frage 2).“

Der Bezirk Pankow teilt dazu mit:

„Das Umwelt- und Naturschutzamt Pankow gibt in allen Planverfahren Hinweise zur Möglichkeit der Entsiegelung im Sinne von Kompensationsmaßnahmen und bezieht sich dabei insbesondere auch auf die gemeldeten Entsiegelungspotenziale. Aus diesem Grund ist ein Großteil dieser Flächen bereits laufenden Planverfahren, die mit Eingriffen in das Schutzgut Boden einhergehen, zugeordnet oder bereits umgesetzt.“

Der Bezirk Spandau meldet Fehlanzeige.

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf teilt dazu mit:

„Das Projekt „Erfassung von Entsiegelungspotenzialen“ erfolgt fortlaufend und soll perspektivisch in ein gesamtstädtisches Entsiegelungsprogramm integriert werden. Die Entwicklung eines Entsiegelungsprogramms wird derzeit von der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt verfolgt und soll dann fortlaufend umgesetzt werden.“

Unabhängig davon hat das Straßen- und Grünflächenamt bereits kleinere Flächen im öffentlichen Straßenland entsiegelt:

- Potsdamer Chaussee; südl. Unterstreifen zwischen Lindenthaler Allee und Auffahrt Cosy-Wasch ehemals Radweg)
- Mühlenstr. Unterstreifen beidseitig zwischen Seehofstr. und Sundgauer Str.
- Schopenhauer Str. Unterstreifen einseitig zwischen Breisgauer Str. und Schopenhauer Str. 33
- Goerzallee; westlicher Unterstreifen zwischen Appenzeller Str. und Platz des 4. Juli (ehemals Radweg)
- Leonorenstr; Unterstreifen Hus-Nr. 30 bis Calandrellistraße
- Salzachstr; südwestl. Unterstreifen zwischen Elvirasteig und Matterhornstraße

Aktuell werden auf dem Platz des 4.Juli als Ausgleichsmaßnahme für die Dresdner Bahn ca. 12.000 qm Asphaltfläche entsiegelt.

Das Straßen- und Grünflächenamt arbeitet auch in diesem Bereich mit privaten Initiativen zusammen und unterstützt diese beim Abschluss von Patenschaften zur Betreuung von Baumscheiben oder Plätzen, in deren Rahmen auch kleine Flächen entsiegelt werden können.“

Der Bezirk Neukölln teilt dazu mit:

„In Neukölln ist eine Fläche in der Umweltatlaskarte für Entsiegelungspotentiale gemeldet. Es handelt sich um das OSZ Informations- und Medizintechnik. Der Bezirk hat keine Schritte unternommen, die Fläche zu entsiegeln. Die Verwaltung dieser Liegenschaft liegt nach Kenntnis des Bezirks bei der BIM.“

Der Bezirk Treptow-Köpenick teilt dazu mit:

„Von den im Geoportal des Landes Berlin als Entsiegelungspotenziale geführten 222 Flächen befinden sich 27 auf dem Territorium des Bezirks Treptow-Köpenick. Diese Flächen sind fast alle ebenfalls Bestandteil des bezirklichen Ausgleichsflächenkonzepts und werden, soweit eine

fachliche Eignung, die eigentumsrechtliche Verfügbarkeit sowie die planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, bei Bedarf als Kompensationspotenziale für naturschutzrechtliche Eingriffe in Natur und Landschaft vorgeschlagen bzw. angegeben. Erforderlich hierfür sind ebenfalls passende Plan- oder Genehmigungsverfahren. Auf diese Weise wurden bereits einige dieser Potenzialflächen entsiegelt und weitere sind dafür planerisch gesichert.

Außerhalb dieser Konstellation wurden aufgrund der bisher fehlenden finanziellen und personellen Ausstattung keine Schritte seitens des Bezirks unternommen.“

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt dazu mit:

„Das Stadtentwicklungsamt und Umwelt- und Naturschutzamt des Bezirks Marzahn-Hellersdorf arbeiten zusammen, um Entsiegelungspotentiale zu identifizieren und diese Flächen im Rahmen der Durchführung von Kompensationsmaßnahmen zu entsiegeln.“

Der Bezirk Lichtenberg teilt dazu mit:

„Bisher wurden 11 der 32 genannten potenziellen Flächen in Lichtenberg (teil-) entsiegelt. Die Bezirksverwaltung Lichtenberg arbeitet kontinuierlich daran, über die genannten Flächen hinaus zu entsiegeln.“

Der Bezirk Reinickendorf teilt dazu mit:

„Die Durchführung von Entsiegelungsmaßnahmen ist mit erheblichen personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Seitens des Umwelt- und Naturschutzamtes sowie des Straßen- und Grünflächenamtes werden derzeit keine konkreten Maßnahmen zur flächenhaften Entsiegelung umgesetzt. Die Aktivitäten beschränken sich gegenwärtig auf die Ermittlung potenzieller Entsiegelungsflächen sowie die Fortschreibung entsprechender Kataster als Grundlage für interessierte Dritte, die eine Umsetzung entsprechender Maßnahmen anstreben.“

Frage 5:

Welche Schritte haben Senat und Bezirke bereits unternommen, um die Maßnahmen und Empfehlungen der im Juni 2024 beschlossene Berliner Bodenschutzkonzeption (Bln BSK) zu realisieren?

Antwort zu 5:

In der Berliner Bodenschutzkonzeption sind folgende vier Handlungsziele formuliert worden:

1. Bodenfunktionsschutz stärken,
2. Neuversiegelung begrenzen und Entsiegelung stärken,
3. Altlastenbearbeitung forcieren,
4. Bodenschutz in Bildung; Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit verankern.

Die in der Bodenschutzkonzeption aufgezählten Maßnahmen/ Empfehlungen werden nach Priorität bzw. im Rahmen von laufenden Aufgaben und in Verbindung mit bereitgestellten Haushaltsmitteln abgearbeitet.

Handlungsziel 1:

- Die Entwicklung von Themenkarten zur Bodenkühlleistung ist abgeschlossen. Diese sollten bei der Identifikation von Kühlleistungsdefiziten und deren Behebung in der zukünftigen Stadtentwicklung Berücksichtigung finden.
- Die Erarbeitung einer Konzeption zur Bodenkundlichen Landesaufnahme mit einer Integration der erhobenen Bodendaten in die digitale Bodenpunktdatenbank sowie in die Bodenkarten des Umweltatlas Berlin läuft und soll 2025 abgeschlossen werden.

Handlungsziel 2:

- Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt entwickelt im Zeitraum 3/2025 bis 12/2026 ein Entsiegelungsprogramm für das Land Berlin. Siehe dazu Beantwortung der Frage 6.
- Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit der Thematik der gesamtstädtischen Bilanzierung von Ver- und Entsiegelungsmaßnahmen in der Stadt befasst.

Handlungsziel 3:

- Es wird derzeit ein Arbeitskreis (AK) mit Vertreterinnen und Vertretern der Bodenschutzbehörden der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt und der Bezirke eingerichtet. Der AK wird sich mit der Umsetzung der Ersterkundung auf altlastverdächtigen Flächen und Verdachtsflächen, die im Bodenbelastungskataster des Landes Berlin erfasst sind, befassen.
- Der Aufbau und Betrieb einer digitalen Fachdatenbank „Grundwasser“ und die Erarbeitung einer Schadstofffahnenkarte für Berlin werden zzt. bearbeitet.
- Die Berliner Liste 2005 wurde novelliert und wird als Berliner Liste 2025 zeitnah auf der Homepage der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt veröffentlicht. Die Aktualisierung erfolgt auf der rechtlichen Grundlage der seit dem 01. August 2023 in Kraft getretenen novellierten Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV).

Handlungsziel 4:

- Für 2025 ist die Durchführung einer Fortbildung zur Bodenkundlichen Baubegleitung für die Kolleginnen und Kollegen der Bodenschutzbehörden der Bezirke und der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt geplant.
- In 2026 soll im Rahmen der Aufstellung eines Entsiegelungsprogramms für das Land Berlin ein Workshop organisiert und durchgeführt werden.

Der Bezirk Mitte teilt dazu mit:

„Dem Bezirk Mitte sind keine konkreten Schritte bekannt, die über die Pflichtaufgaben hinausgehen. Es werden weitere Entsiegelungsflächen im Bezirk Mitte gesucht, wobei hier die Klimaanpassung im Vordergrund steht.“

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg teilt dazu mit:

„Die genannte Konzeption ist ein langfristiger Handlungsleitfaden. Die Bezirke stehen zu ihrer Umsetzung im Austausch mit SenMVKU.“

Der Bezirk Pankow teilt dazu mit:

„In der Berliner Bodenschutzkonzeption wird eine Vielzahl von Handlungszielen angesprochen, die in einer wachsenden Stadt und unter Berücksichtigung von Boden/ Fläche als endliche Ressource aber auch als Klimafaktor bedeutsam sind. Es fehlt jedoch eine Quantifizierung der personellen und finanziellen Mittel für die verschiedenen Aufgaben. Weiter fehlt ein Vorschlag, wie eine Gewichtung der unterschiedlichen Belange der Fachämter, Investoren usw. in einem Planungsverfahren aussehen kann. Es wird zwar ein fachämterübergreifendes Planungsteam empfohlen, aber auch hierfür sind Kapazitäten erforderlich. Zudem wäre der Hinweis auf eine ggf. notwendige Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen in Bezug auf eine Beteiligung des Sachgebiets Bodenschutz/ Altlasten wünschenswert.“

Das Umwelt- und Naturschutzamt Pankow gibt im Rahmen von Planverfahren entsprechende Stellungnahmen zur Meidung oder Minderung des Flächenverbrauchs ab. Dies betrifft insbesondere die Bebaubarkeit von Friedhofsflächen. Zudem besteht aufgrund der geforderten dezentralen Versickerung von Niederschlagswasser (BReWa-BE) bei jedem Bauvorhaben die Notwendigkeit möglichst flächensparend zu planen und versickerungsfähige Beläge zu verwenden, um die Menge des anfallenden Wassers wirtschaftlich handhaben zu können.“

Der Bezirk Spandau meldet Fehlanzeige.

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf teilt dazu mit:

„Das Ziel der Berliner Bodenschutzkonzeption ist es, Strategien und Instrumente zur nachhaltigen Bodennutzung zu entwickeln. Dabei handelt es sich um längerfristige Handlungsziele. Für die Umsetzung stehen die Bezirksämter mit SenMVKU im Austausch.“

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg teilt dazu mit:

„Der Bezirk hat für die Aufgaben, die sich aus der Bln BSK ergeben, keine zusätzlichen Personalmittel erhalten, daher stellt sich die Bearbeitung für das zuständige Amt als herausfordernd dar. Dennoch wird bei Neuplanungen die Fragestellung potentieller Entsiegelung immer mitberücksichtigt.“

Der Bezirk ist bemüht die Entsiegelung von Flächen im Rahmen der Klimaanpassung und des Regenwassermanagements zu stärken. Ein wichtiges Element ist der laufende Ausbau der ämterübergreifenden Zusammenarbeit zu den Themen Schwammstadt und Entsiegelung. Ziel ist die Identifikation und Umsetzung von dezentralen Entsiegelungsmaßnahmen insbesondere in besonders versiegelten Bereichen und im Mischwasserbereich, zum Beispiel zur Vermeidung von Hitzeinseln und zur Entlastung der Mischwasserkanalisation. Folgende Maßnahmen werden regelmäßig durchgeführt: Entsiegelung von Unterstreifen bei der Neuanlage von Gehwegen, Erweiterung von Baumscheiben bei Neupflanzungen und Baumaßnahmen, Erhebung von

Entsiegelungspotentialen im Straßenland und bei allen Baumaßnahmen auf öffentlichen Grünflächen.“

Der Bezirk Neukölln teilt dazu mit:

„Die Senatsverwaltung steht mit den Bezirken dazu im Austausch. Bei einer ersten Ermittlung der Rahmenbedingungen, wurden deutliche Defizite in der personellen und finanziellen Ausstattung der Bodenschutzbereiche in den Umwelt- und Naturschutzämtern festgestellt, die für eine erfolgreiche Realisierung hinderlich sind.“

Der Bezirk Treptow-Köpenick teilt dazu mit:

„Aufgrund der bisher fehlenden finanziellen und personellen Ausstattung wurden keine Schritte seitens des Bezirks unternommen.“

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt dazu mit:

„Im Rahmen von Genehmigungsverfahren wird das Thema der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung durchgehend mitgedacht. Darüber hinaus gibt es weitere Planungen, bebaute Flächen abzukoppeln und das Wasser stehenden Gewässern zuzuführen. Zu nennen wären u.a. die Projekte am Beerenpfuhl und am Schleipfuhl.“

Der Bezirk Lichtenberg teilt dazu mit:

„Nachsorgender Bodenschutz wird über das Sachgebiet Bodenschutz abgedeckt. Kompensationsmaßnahmen werden für das Schutzgut Boden berücksichtigt. Die unterschiedlichen Fachbereiche und Sachgebiete der Verwaltung in Lichtenberg, u.a. Bodenschutz und Klimaanpassung, werden in Planverfahren beteiligt. Stadt- und Landschaftsplanung der Ämter Stadtentwicklung und Umwelt- und Naturschutz tauschen sich regelmäßig aus.

Gesamtstädtische Aufgaben sind über die Senatsverwaltung zu steuern.“

Der Bezirk Reinickendorf teilt dazu mit:

„Da im Zuge ihrer Erstellung bzw. Veröffentlichung weder zusätzliche personelle noch finanzielle Ressourcen für die bezirklichen Bodenschutzbehörden bereitgestellt wurden, erfolgt eine etwaige Berücksichtigung der Inhalte der Konzeption lediglich nachrangig und im Rahmen verfügbarer Kapazitäten, nach Maßgabe der vorrangig wahrzunehmenden gesetzlichen Pflichtaufgaben.“

Frage 6:

Welche Maßnahmen und Empfehlungen wollen Senat und Bezirke prioritär bis wann realisieren, um „das Ziel der Netto-Null-Versiegelung“, falls dies der Fall für den Senat sein sollte, erreichen zu können?

Antwort zu 6:

Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt entwickelt im Zeitraum von 3/2025 bis 12/2026 ein Entsiegelungsprogramm für das Land Berlin. Mit der Erarbeitung eines Berliner Entsiegelungsprogramms soll ein strategischer und konzeptioneller Rahmen zur

Stärkung von Entsiegelung und der Wiederherstellung von Bodenfunktionen im Land Berlin geschaffen werden. Die Schwerpunkte des Entsiegelungsprogramms liegen in der Erfassung, Analyse und Priorisierung der Berliner Entsiegelungspotenzialflächen, der Definition von Entsiegelungsformen sowie der Ableitung von Entsiegelungszielen. Darüber hinaus sollen u.a. Vorschläge für ein zukünftiges Erfassungs- und Monitoringsystem für Entsiegelung erarbeitet und überschlägige Kosten zur Hebung der identifizierten Potenziale abgebildet werden. Der zweijährige Entwicklungsprozess findet in Abstimmung mit der Bezirks- und Senatsebene sowie weiteren Stakeholdern statt. Erste Ergebnisse sollen im Rahmen eines Workshops in 2026 präsentiert werden.

Der Bezirk Mitte teilt dazu mit:

„Diese Frage ist durch den Senat zu beantworten, da der Senat als Hauptverwaltung hier die steuernde Funktion hat.“

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg teilt dazu mit:

„Sollen im Rahmen von Baumaßnahmen Versiegelungen stattfinden, wirken die zuständigen Behörden auf Vermeidung bzw., wenn dies nicht möglich ist, auf Ausgleich bzw. Ersatz hin.

»Entsiegelung« ist Gegenstand verschiedener Rechtsvorschriften. In § 179 BauGB ist ein sogenanntes »Rückbau- und Entsiegelungsgebot« konstituiert. Nach § 15 BNatSchG sind vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen). Dies hat im Kontext von »Entsiegelung« eine praktische Relevanz für Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB). Bei B-Planverfahren gilt § 1a Abs. 3 BauGB, wonach die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) in der Abwägung zu berücksichtigen sind. Nach § 5 BBodSchG ist die Bundesregierung ermächtigt, eine »Entsiegelungsverordnung« zu erlassen, wovon sie aber noch keinen Gebrauch gemacht hat.

In der Praxis kommt »Entsiegelung« in Bauplanungsprozessen zur Geltung, da sie eine mögliche Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahme ist.“

Der Bezirk Pankow teilt dazu mit:

„In einer wachsenden Stadt ist das Ziel der Netto-Null-Versiegelung mit anderen Belangen und Zielen abzuwägen. Dies ist Aufgabe der integrierten Stadtentwicklung.“

Der Bezirk Spandau meldet Fehlanzeige.

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf teilt dazu mit:

„Aktuell ist dem bezirklichen Umwelt- und Naturschutzamt keine Prioritätenliste bekannt. Die Bezirksämter stehen für die Umsetzung der Berliner Bodenschutzkonzeption mit SenMVKU im Austausch.“

Der Bezirk Neukölln teilt dazu mit:

„Bis jetzt ist keine Priorisierung erfolgt.“

Der Bezirk Treptow-Köpenick teilt dazu mit:

„Aufgrund der bisher fehlenden finanziellen und personellen Ausstattung erfolgte bisher keine Erarbeitung von Maßnahmen und Empfehlungen seitens des Bezirks.“

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt dazu mit:

„Dies kann erst nach der Identifizierung der Potenziale beantwortet werden.“

Der Bezirk Lichtenberg teilt dazu mit:

„Gesamtstädtische Aufgaben sind über die Senatsverwaltung zu steuern.“

Der Bezirk Reinickendorf teilt dazu mit:

„Im Rahmen seiner Beteiligung an Planungs- und Bauverfahren prüft und bewertet das Umwelt- und Naturschutzamt Aspekte der Flächenversiegelung aus fachlicher Sicht. Die Entscheidung über konkrete Maßnahmen sowie die rechtliche Abwägung – insbesondere im Hinblick auf das Ziel der Netto-Null-Versiegelung – liegt bei der zuständigen verfahrensführenden Behörde.“

Frage 7:

Inwieweit wurden die „Zielvereinbarungen zum Bodenschutz zwischen Senat und Bezirken zur Verankerung und zum Erreichen der Ziele der Bodenschutzkonzeption“ getroffen, die in der Berliner Bodenschutzkonzeption auf Seite 114 als besonders wichtige übergreifende Maßnahme für alle Handlungsziele beschrieben wurde?

Antwort zu 7:

Eine Zielvereinbarung wurde in Anbetracht der Kürze der Zeit noch nicht getroffen, da aktuell an der Umsetzung der Maßnahmen der vier Handlungsziele gearbeitet wird, die wiederum die Grundlage für eine Zielvereinbarung darstellen. Siehe dazu auch Antwort zu Frage 5.

Der Bezirk Mitte teilt dazu mit:

„Der Senat ist bisher nicht auf die Bezirke mit einer solchen Zielestellung zugegangen.“

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg teilt dazu mit:

„Zielvereinbarungen wurden bislang nicht abgeschlossen.“

Der Bezirk Pankow teilt dazu mit:

„Siehe auch Antworten zu Frage 5 und 6, konkrete Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken sind dem Umwelt- und Naturschutzamt Pankow bisher nicht bekannt.“

Der Bezirk Spandau meldet Fehlanzeige.

Der Bezirk Steglitz-Zehlendorf teilt dazu mit:

„Zielvereinbarungen wurden in diesem Bereich bislang nicht getroffen.“

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg teilt dazu mit:

„Bisher wurden noch keine Zielvereinbarungen zum Bodenschutz zwischen Senat und Bezirken abgeschlossen. Es existiert derzeit noch keine für diese Bearbeitung notwendige Arbeitsgruppe auf Landesebene.“

Der Bezirk Neukölln teilt dazu mit:

„Es wurde bisher i.d.Z. keine Zielvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung und dem Bezirk Neukölln geschlossen.“

Der Bezirk Treptow-Köpenick teilt dazu mit:

„Dem Bezirk sind bisher keine konkreten Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken bekannt.“

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilt dazu mit:

„Der aktuelle Schwerpunkt liegt auf dem Punkt: „Altlastenbearbeitung stärken“. Es ist allerdings anzumerken, dass die gegenwärtigen Mittel schon kaum ausreichend sind, um in ausreichendem Maße orientierende Bodenuntersuchungen durchzuführen. Den Bereich zu stärken bzw. zu intensivieren erfordert ein deutlich höheres Maß an finanziellen Mitteln.“

Der Bezirk Lichtenberg teilt dazu mit:

„Gesamtstädtische und strategische Aufgaben sind über die Senatsverwaltung zu steuern.“

Der Bezirk Reinickendorf teilt dazu mit:

„Dem Umwelt- und Naturschutzamt sowie dem Straßen- und Grünflächenamt liegen keine Informationen über den Abschluss einer entsprechenden Zielvereinbarung vor; eine solche ist nach Kenntnisstand beider Ämter derzeit auch nicht in Vorbereitung.“

Berlin, den 28.07.2025

In Vertretung

Slotty

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen